

Tagungsbericht

Isabella Weber¹

„Streik!?“ – Annäherungen an den globalen Bedeutungswandel von Arbeitskämpfen

Konferenzbericht aus Hamburg vom 13./14. Juni 2013

Auf dem Terrain der Arbeitskämpfe vollzieht sich ein tiefgreifender Umbruch: Der wirtschaftliche Aufstieg der so genannten „Schwellenländer“ sowie die globale neoliberale Wende haben ihre Bedingungen und Formen verändert. Die anhaltende Weltwirtschaftskrise markiert die jüngste Erschütterung. Die Tagung „Streik!? – Annäherungen an den globalen Bedeutungswandel von Arbeitskämpfen“, die im Juni 2013 gemeinsam vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) und vom Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS) der Universität Hamburg vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) veranstaltet wurde, zielte darauf, Einsichten in die gleichzeitig-ungleichzeitige Entwicklung von Arbeitskämpfen in der asiatischen Semi-Peripherie, im krisengeschüttelten Südeuropa und im scheinbar krisenfesten Deutschland zu gewinnen. Um die verschiedenen Kontexte konstruktiv aufeinander beziehen zu können, wurde in den Eingangsbeiträgen von Kathrin Deumelandt (ZÖSS) und Heiner Dribbusch (WSI) vorgeschlagen, das Augenmerk auf Konfliktgegenstände, beteiligte Akteure, Ursachen und Ergebnisse von Arbeitskämpfen, sich verändernde Kampf-formen und nicht zuletzt auf einen möglichen gesellschaftlichen Bedeutungswandel von Arbeitskämpfen zu richten.

Ravi Ahuja (Universität Göttingen) eröffnete mit seiner Analyse der Wechselwirkung zwischen Informalisierung und Arbeitskämpfen in Indien das Panel zur aufstrebenden Semi-Peripherie. Zum Auftakt mahnte er, die Tendenz, den Globalen Süden in einer nachholenden Entwicklung hin zu einer wohlfahrtsstaatlichen Regulierung nach westlichem Vorbild zu sehen, müsse überwunden werden, um den Wandel von Arbeitskämpfen im Kontext der jeweiligen historischen Entwicklung verstehen zu können. In Indien sei auf eine zumindest partielle Formalisierung von Arbeit und einen ausgeprägt staatszentrierten Tripartismus in den 1970er Jahren im Zuge der ‚Liberalisierung‘ ein Informalisierungsschub gefolgt, der in den 1990ern in einer neo-liberalen Hegemonie mündete. Der kleine, aber signifikante ‚formelle‘ Beschäftigungssektor sei durch leiharbeitsähnliche Vertragsformen ausgehöhlt worden, ‚Special Economic Zones‘ seien als arbeitsrechtfreie Räume etabliert und in Gerichtsurteilen seien Arbeitsschutz- und Sozialrechte für nichtig erklärt worden. Gleichzeitig sei die politische Repräsentanz der Gewerkschaften erodiert und identitäre Gruppen erlangten in der Vertretung von Arbeiter_innen zunehmend an Bedeutung. Dieser

¹ Isabella Weber, Master Studentin The New School for Social Research und Mitglied des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien Universität Hamburg; Email: webei673@newschool.edu.

Wandel schlage sich in einem Rückgang der Streiks seit den 1980er Jahren nieder. Ahuja spitzte seine Ausführungen auf drei Thesen zu: Erstens verweise das Fortdauern von Arbeitskämpfen auf die Grenzen der Informalisierung; zwar seien Gewerkschaften nur selten an Arbeitskonflikten im informellen Sektor beteiligt, dennoch führten die Arbeitenden einen unsichtbaren Kampf, um der staatlichen Repression auszuweichen. So sei beispielsweise Migration eine Form des Widerstandes gegen ungünstige Arbeitsbedingungen und der Regulation des Arbeitskräftepotenzials ‚von unten‘. Zweitens definierten die formellen Regelungen den Erwartungshorizont für den informellen Sektor. Zwar sei eine Solidarisierung zwischen den beiden Sektoren schwer herzustellen, dennoch hätten die Standards im formellen Sektor indirekte Effekte auf den informellen Sektor, indem sie zentrale Legitimationsargumente für deren Kämpfe lieferten. Drittens fördere die Informalisierung die Brutalisierung von Arbeitskämpfen. Es könne eine massive und häufig kollektive staatliche Repression sowie eine Zunahme spontaner gewaltsamer Konfrontationen beobachtet werden. Von Seiten der Unternehmerschaft plädierten erste Stimmen für eine strategische Nachjustierung. Es sei jedoch zu erwarten, dass ein Übergang in eine Phase der Re-Regulierung erst nach weiteren schmerzhaften Arbeitskämpfen eingeleitet werde.

Die Zunahme von Arbeitskämpfen in China im Kontext der Integration der Volksrepublik in den neoliberalen Kapitalismus war Thema des Vortrags von Daniel Fuchs (Universität Wien). Zwar würden keine offiziellen Statistiken mehr geführt, jedoch verweise in China einiges auf einen enormen Anstieg von so genannten „Massenvorfällen“ (Demonstrationen, Proteste, Streiks) und Arbeitskonflikten. Ein zentraler Akteur der Arbeitskämpfe seien die ca. 200 Mio. ländlichen Arbeitsmigrant_innen (nongmingong), die im Zuge der Dekollektivierung der Landwirtschaft seit den 1980er Jahren, der Zunahme an ausländischen Kapitalinvestitionen und der Lockerung des Haushaltsregistrierungssystems/Einwohner_innenmeldesystems (hukou) auf Basis von temporären Aufenthaltsgenehmigungen in die Städte strömten. Trotz der zunehmenden Bedeutung von Arbeitskonflikten bleibe jedoch die These von Beverly Silver und Zhang Lu (2000), China sei seit den 1990er Jahren zum „Epizentrum der weltweiten Arbeiterunruhen“ geworden, fragwürdig. Bis etwa 2004 habe in China eher ein „zellulärer Aktivismus“ (Lee 2007) dominiert, der auf verrechtlichte ökonomische Forderungen fokussierte und einzelbetrieblich beschränkt geblieben sei. Da die chinesischen Gewerkschaften aufgrund der engen Verquickung mit dem Staatsapparat keine legitime Repräsentanz bildeten, sei die Organisation vermittelt durch familiäre und herkunfts-basierte Netzwerke erfolgt. Seit 2004 sind jedoch Veränderungstendenzen zu beobachten. Streiks würden sich zunehmend nicht mehr nur im Falle von Rechtsbrüchen ereignen, und die Forderungen würden häufiger auf Lohnerhöhungen abzielen, die über den lokal festgesetzten Mindestlöhnen liegen. Zudem würden verstärkt Forderungen nach autonomen betrieblichen Vertretungsinstanzen bzw. Reformen der Betriebsgewerkschaften artikuliert. Streiks würden nun als strategisches Mittel eingesetzt und aktivistische Netzwerke spielten eine große Rolle in der Verbreitung von Streikerfahrungen. Auch ohne direkte Absprache käme es vermehrt zu ‚Ansteckungen‘, indem Forderungen streikender Arbeiter_innen in anderen Betrieben der gleichen Branche übernommen würden. Eine entscheidende Triebkraft

dieses Wandels sei ein Generationenwechsel. Die zweite Generation der ländlichen Arbeitsmigrant_innen sei nicht mehr auf eine Rückkehr aufs Land ausgerichtet, sondern kämpfe um einen Verbleib in der Stadt, auch die Abwanderung sei dabei Mittel dieses Kampfes. Der chinesische Parteistaat reagiere sowohl mit Repression als auch mit Reformen auf die Zunahme der Arbeitskämpfe. Im Zuge einer Gewerkschaftsreform würden nicht mehr nur staatliche, sondern auch private und ausländische Unternehmen organisiert. Zudem gäbe es erste Versuche mit einer Tarifpolitik. Die Novelle des Arbeitsvertragsgesetzes des Jahres 2008 habe eine Verbesserung der bestehenden Rahmengesetzgebung und der Sanktionsmöglichkeiten bei Rechtsbruch herbeigeführt und den Anteil der Arbeitsmigrant_innen mit Arbeitsvertrag gesteigert.

Der Zusammenhang zwischen Krisenprotesten und Arbeitskämpfen an den ‚krisengeschüttelten‘ Rändern der Euro-Zone stand im Fokus des zweiten Panels. Kristin Carls (ZÖSS) gab einen Überblick über die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik und der Sozialproteste in Italien. Trotz Austeritätspolitik und neoliberaler De-Regulierung blieben hier kontinuierliche Massenproteste aus. Nachdem die italienischen Gewerkschaften die Arbeitsmarktreformen unterstützten und sich auf Selbstrepräsentation statt auf neue Kampfformen konzentrierten, habe sich in vielen Betrieben eine ablehnende Haltung gegenüber den großen gewerkschaftlichen Dachverbänden herausgebildet. In der Krise komme es zu einer Vervielfältigung einzelbetrieblicher Arbeitskämpfe gegen Betriebsschließungen, Entlassungen und verschlechterte Arbeitsbedingungen. Auf der Suche nach alternativen Formen zum traditionellen Streik würden dabei vermehrt spektakuläre Aktionen, wie z.B. Kranbesetzungen und Hungerstreiks, organisiert. Allerdings blieben diese Auseinandersetzungen wie auch die sozialen Bewegungen fragmentiert und in ihrer Ausrichtung als Abwehrkämpfe meist ohne Erfolg. Der Frage, wie „Streik“ im gegenwärtigen Kapitalismus neu gedacht werden könne, widmete sich auf Grundlage von Carls‘ Ausführungen Anna Curcio (Uninomade Bologna). Als Beispiel dienten die jüngsten Arbeitskämpfe in der norditalienischen Logistikbranche. Sie wurden im Frühjahr 2013 in der Warenhauslogistik, die durch Subunternehmen für große Konzerne durchgeführt wird, ausgetragen. Trotz eines Systems der Unterwerfung mit leiharbeitsähnlichen Beschäftigungsformen, niedrigen Sozialstandards und rassistischer Segregation haben die Kämpfe eine jahrelange Geschichte, wobei eine Reihe einzelbetrieblicher Streiks gewonnen wurde. Aus einer Phase des ‚community organizing‘ haben sich basisgewerkschaftliche Zusammenschlüsse formiert. Die traditionellen Gewerkschaften bzw. die großen Dachverbände sind dabei bislang nicht beteiligt. Auf erfolgreiche Einzelstreiks aufbauend wurde in Zentral- und Norditalien im März 2013 ein allgemeiner Streik in den Logistikzentren organisiert, der die ganze Verteilungskette der Waren blockierte. Obwohl die Arbeitgeber mit Suspendierung der Streikenden reagierten, was für die migrantischen Arbeiter_innen zusätzlich mit einem Verlust der Aufenthaltsgenehmigung verbunden war, sei es gelungen, im gemeinsamen Handeln die Angst vor Arbeitslosigkeit und Abschiebung sowie die rassistische Differenzierung zu überwinden. Interessant sei dabei auch der Bezug von Arbeitenden aus dem Maghreb auf die Revolten in ihren Herkunftsländern. Dieser dementiere, so Curcio,

die Vorstellung, dass es in der Situation einer verallgemeinerten Prekarität keine politischen Netzwerke und Bezugspunkte gebe. Aktuell stelle sich die Frage, wie der Kampf verallgemeinert und Kontinuität generiert werden könne.

Mario Becksteiner (ZÖSS) diskutierte die Rolle der Arbeitskämpfe in den – im Gegensatz zu Italien – massenhaften und kontinuierlichen griechischen Krisenprotesten. Die Proteste wurzelten in einer historischen Entfremdung zwischen Staat und Bevölkerung. Die demokratische Transformation habe sich als Elitenkompromiss der etablierten Parteien und des Sicherheitsapparats vollzogen und ein nach unten abgeschottetes klientelistisches System etabliert. Teil dieses Systems waren die stark parteipolitisch dominierten Gewerkschaftsverbände. Eine erste Erschütterung habe die Neoliberalisierung der 1990er Jahre gebracht. Die damals angestrebten Arbeitsmarktreformen hätten jedoch durch massive Abwehrkämpfe der Gewerkschaften und von zusehends autonom-anarchistisch geprägten sozialen Bewegungen eingedämmt werden können. Erst die im Kontext der Krise seit 2009 durchgesetzte Troika-Politik ermögliche dem griechischen Kapital nun, die zuvor gescheiterten Reformen durchzusetzen. Insbesondere zeichne sich eine weitgehende Unterminierung von Arbeiter_innen- und Gewerkschaftsmacht ab. Das individuelle Arbeitsrecht werde dezentralisiert und flexibilisiert, prekäre Beschäftigung ausgeweitet, das Streikrecht eingeschränkt, Tarifverhandlungen dezentralisiert und parlamentarische Prozesse durch die Abstimmung von Paketgesetzen unterwandert. Machtblockaden im nationalen Gefüge konnten über die europäische Ebene überwunden werden. Die starke Verschränkung der nationalen politischen Ebene mit der europäischen transnationalen Ebene, also eine ‚Reskalierung‘ des Staates, hebelt die (partei-)politische Macht der großen griechischen Gewerkschaftsdachverbände aus. Gleichzeitig zur Erosion der Schlagkraft der traditionellen Gewerkschaften gründeten autonom-anarchistische Bewegungen neue Gewerkschaften. Es gebe neue Praktiken des Arbeitskampfes aus den sozialen Bewegungen heraus, wie z.B. die Besetzung von Betrieben, Rundfunk und Gesundheitseinrichtungen, die auch in die Gewerkschaftsbasis diffundierten. Angesichts dieser Umstände, könne eine Veränderung in der Bedeutung von Streiks festgestellt werden, die sich auch zukünftig fortsetzen und verstärken könne. Durch das Wegbrechen des Staates als Adressaten von Streiks, würde sich sowohl die Form als auch die Praxis der krisenbedingten Streiks zusehends in eine autonome Richtung verändern. Obwohl noch zu früh um konkrete Aussagen zu treffen, könne auch erwartet werden, dass die zukünftig stärker dezentralisiert ausgefochtenen Konflikte um Löhne ebenfalls einen autonomeren Charakter annehmen werden. Dasselbe könne auch im Bereich des massiv ausgeweiteten Sektors der prekären Arbeit erwartet werden, wo es de facto keine Organisation durch die großen Gewerkschaftsdachverbände gibt, sondern fast ausschließlich linke oder autonom-anarchistische Gewerkschaften aktiv sind.

Das letzte Panel nahm die Entwicklung von Arbeitskämpfen in Deutschland in den Blick. Dribbusch stellte heraus, dass Deutschland seit ca. zehn Jahren eine deutliche Zunahme an Arbeitskämpfen erfahre, auch wenn das Streikvolumen im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern immer noch vergleichsweise bescheiden bleibe. Streiken ist bisher eine Minderheitenerfahrung. Lediglich 20% der

Beschäftigten geben an, überhaupt schon einmal in ihrem Berufsleben gestreikt zu haben. Der wichtigste Trend der aktuellen Entwicklung, so Dribbusch, sei die Verschiebung des Arbeitskampfgeschehens in den Dienstleistungssektor. Damit verbunden sei eine Feminisierung der Arbeitskämpfe, die sich vor allem in einer gestiegenen Zahl streikender Frauen niederschlage. Neu sei ebenfalls, dass traditionell eher wenig streikaffine Berufsgruppen angefangen hätten zu streiken, was besonders deutlich in den Krankenhäusern zu beobachten sei. Neu ist auch die gestiegene Arbeitskampfhäufigkeit im Niedriglohnsektor, in die auch prekär Beschäftigte einbezogen seien. Arbeitskämpfe wirkten dabei als Katalysator um kollektive Stärke aufzubauen und die Gewerkschaft im Betrieb zu stärken. Dies werde durch veränderte Streiktaktiken sowie eine stärkere aktive Einbeziehung der Streikenden unterstützt. Aus dem Dienstleistungssektor berichtete Iris Nowak (TU Hamburg-Harburg) von den Ergebnissen einer qualitativen Studie zu Handlungsfähigkeit und Konflikt in der Altenpflege. Die Subjektkonstruktion der befragten Beschäftigten im betrieblichen Kontext reiche von einem Narrativ der Zufriedenheit, in der Pflege tätig sein zu können, bis hin zu einem kompromissbereiten Austragen von Alltagskonflikten. Die Gestaltung der Arbeitszeit bilde eine zentrale Konfliktfrage. Insgesamt hätten die Beschäftigten oft großes Verständnis für ihren prekären Einsatz. Viele betonten die Bedeutung der zwischenmenschlichen Ebene in der Pflege. Auch die Aktiven äußerten, dann gehandelt zu haben, als der Umgang im Betrieb als unmenschlich wahrgenommen worden sei. Darin sieht Nowak eine Ambivalenz: Einerseits sei die Betonung der Zwischenmenschlichkeit Ausdruck von (wünschenswerter) Arbeitsqualität, andererseits wirke sie herrschaftsstabilisierend. Sie kommt zu dem Schluss, dass gelernt werden müsse, Konflikt neu zu denken, um es aushaltbar zu machen, Forderungen an den Arbeitgeber zu stellen. Zudem sei Übersetzungsarbeit erforderlich, um verständlich zu machen, dass die knappen Ressourcen nicht a priori gegeben, sondern durch gesellschaftliche Umverteilung veränderbar seien.

Richard Detje (VSA-Verlag, Hamburg) analysierte auf der Grundlage seiner für das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. verfassten Studie „Krisenerfahrungen und Politik“ (2013) das divergierende Krisenbewusstsein in der deutschen Arbeiter_innenschaft. Der Streik der Erzieher_innen im Bereich der Kindertagesstätten bilde ein Beispiel für die von Dribbusch dargelegte Tendenz zu Arbeitskämpfen von neuen Beschäftigtengruppen. Im Gegensatz zum Bereich der Altenpflege stellt Detje fest, dass bei den Beschäftigten der Kindertagesstätten die Sparpolitik nicht als Sachzwang sondern als begründungspflichtig wahrgenommen werde. Die Streikerfahrung führe zu einer Wiederaneignung von Politik und zu einer Demokratisierung im Kontext eines autoritären Neoliberalismus. Entscheidend sei dafür die Überwindung der Individualisierung durch eine direkte Organisation. Ganz anders habe sich das Krisenbewusstsein in der Metallindustrie entwickelt. Da es keine große Narration der Krise gäbe, fehle in der Wahrnehmung der Beschäftigten der Zusammenhang zwischen den einzelnen Ereignissen. Im derzeitigen bescheidenen Aufschwung wäre eine offensivere Strategie möglich, aber es fehle an Druck von unten, so dass die Gewerkschaften in einer defensiven Stellvertreterpolitik verharrten. Dies sei mit einer geringen politischen Durchsetzungsfähigkeit verbunden. Politik erscheine den meis-

ten Arbeiter_innen als entfremdeter, selbstreferenzieller Bereich und der repressive neoliberale Staat als Staat der Anderen. Im Ergebnis forderten die Beschäftigten keine politische Intervention. Um die Fragmentierung der Arbeitskämpfe dennoch überwinden zu können, schlägt Detje eine Verschiebung des Fokus von der Arbeitsplatz- zur Arbeitskraftgefährdung vor.

Welches Bild ergibt sich nach den Beiträgen der Tagung insgesamt beim Versuch der Annäherung an den globalen Bedeutungswandel von Arbeitskämpfen? Was lässt sich hinsichtlich der Akteure, Aktionsformen, Auslöser und Konsequenzen von Arbeitskämpfen verallgemeinern? Erste Antworten auf diese Fragen können aufbauend auf dem resümierenden Abschlussbeitrag von Nicole Mayer-Ahuja (ZÖSS) und Peter Birke (ZÖSS) skizziert werden. Zunächst bleibe die ‚Dreifaltigkeit‘ aus Arbeitenden, Staat und Kapital bestehen, jedoch unterlägen die zentralen Akteure in ihrer Konstituierung jeweils spezifischen Veränderungstendenzen. In der Repräsentanz von Arbeitenden könne in allen diskutierten Kontexten ein Prozess der De-Thematisierung der traditionellen Gewerkschaften und der ‚Arbeiteraristokratien‘ des formellen Sektors beobachtet werden. Auch die Tagung habe sich in der Diskussion auf die ‚neuen‘ Beschäftigungsgruppen (Frauen, Migrant_innen, Jüngere) konzentriert. In Deutschland und Italien seien die Gewerkschaften seit ihrer Teilhabe an den Arbeitsmarktreformen mit politischer De-Legitimierung konfrontiert. In Griechenland und Indien werde durch die Beschneidung des gewerkschaftlichen Betätigungsfeldes im Kontext von Informalisierung und politischer Tabuisierung die Schlagkraft der Arbeitendenvertretungen unterminiert. In China fehle es den Gewerkschaften aufgrund ihrer Integration in den Einparteiensstaat an Glaubwürdigkeit. Gleichzeitig zu dieser Erosion gewerkschaftlicher Mächtigkeit komme es zur Herausbildung neuer Akteure. Identitäre Repräsentanzen brächten sich auf der Grundlage einer geteilten Migrationserfahrung bzw. kultureller Normen in Arbeitskämpfe ein. Ad hoc entstehende, aber auch anarchistische und autonome Gewerkschaften sowie die chinesischen Migrant Labour NGOs formierten sich zur Organisation eines Kampfes in lokalen Kontexten. Mit dem Eingreifen von sozialen Bewegungen verschwämme schließlich punktuell die Grenzen zwischen (Krisen-)Protesten und Arbeitskämpfen. Der Staat verweigere nach der neoliberalen Wende seine Rolle als Regulierer von Beschäftigungsverhältnissen, wie insbesondere am Beispiel des indischen Arbeitsrechts und der griechischen Krisenpolitik deutlich wurde. Damit gingen die staatszentrierten Gewerkschaften ihres Adressaten verlustig. Gleichzeitig werde eine aktive staatliche Politik der (Re-)Kommodifizierung der Arbeitskraft verfolgt, die in Europa in der ‚aktivierenden‘ Arbeitsmarktpolitik, in Indien in der Informalisierung und in China in der Freisetzung ländlicher Arbeitskräfte ihren Ausdruck finde. Vor diesem Hintergrund nähmen Beschäftigte den Staat als „Staat der Anderen“ wahr und sähen ihn nicht als Adressaten für ihre Anliegen. Das Kapital werde als Akteur zunehmend unsichtbar. Es dominiere eine Systemerfahrung, in der auch die Einzelunternehmen nur dem Zwang des globalen Marktes und den Diktaten des Finanzmarktes zu folgen scheinen. In dieser Situation einer verschwommenen Wahrnehmung der Kapitalseite und des Rückzugs des Staats von seiner regulierenden Funktion seien die Verant-

wortungsstrukturen und Machtverhältnisse diffus und es bleibe häufig unklar, wen es zu ‚attackieren‘ gelte.

Angesichts der Erosion der traditionellen Gewerkschaftsmacht verlören die institutionalisierten Formen von Arbeitskämpfen an Bedeutung. Gleichzeitig gebe es die Wahrnehmung einer Zunahme von Protestaktionen sowohl als Generalstreiks auf der sektoralen bzw. nationalen Ebene, als auch in betrieblichen Konflikten. Es werde einerseits versucht, u.a. durch ‚Social Movement Unionism‘ einen Arbeitskampf vermittelt über die öffentliche Aufmerksamkeit zu führen. Andererseits werde der Arbeitskampf lokalisiert und auf die Intervention in konkrete Problemlagen fokussiert. Dabei ergebe sich teilweise eine neue Sichtbarkeit im öffentlichen Raum, die Ansatzpunkte für eine Verknüpfung mit stadtpolitischen Konflikten biete. Diese neuen Arbeitskampfformen könnten als Versuch verstanden werden, einen Umgang mit dem Verlust eines klar definierten Adressaten zu finden. Zu diskutieren bleibe, welche politischen Potenziale diese ‚neuen‘ Formen von Arbeitskämpfen bergen und ob sie sich in eine urbane soziale Bewegung einfügen. Auch die Wechselwirkung von Streik bzw. Protest und Organisationsprozessen bedürfe weiterer Untersuchung. Die untersuchten Fälle deuteten darauf hin, dass die kollektive Erfahrung des Widerstandes auch im Kontext prekärer Beschäftigungsverhältnisse eine günstige Voraussetzung für Organisation biete, offen bleibe jedoch, wie eine Verstetigung und evtl. auch eine Verallgemeinerung über die Intervention in lokal wahrgenommene Konflikte hinaus gelänge.

Als einen Ursachenkomplex für Arbeitskämpfe hätten sich verschiedene Formen von Normverletzungen herauskristallisiert. Insbesondere die Missachtung und der Bruch von arbeitsrechtlichen Normen, häufig im Zuge von Informalisierung und sexistischer, rassistischer und kastenbasierter Diskriminierung gebe Anlass für Arbeitskämpfe. Als ein zweiter Ursachenkomplex könne eine (Re-)Kommodifizierung der Arbeitskraft aufgefasst werden. Hierbei sei die Ausweitung der Lohnarbeit auf die agrarische Bevölkerung (v.a. Indien und China) und auf weibliche Arbeitskräfte (v.a. Europa und Indien) zu nennen, aber auch die Prekarisierung vormals in Staatsbetrieben (China und Indien) bzw. in ‚Normalarbeitsverhältnissen‘ (Europa) beschäftigter Arbeiter_innen. Es zeichne sich eine globale Tendenz ab, die Messlatte für „gute Arbeit“ in Frage zu stellen. Die daraus resultierende Vernutzung von Arbeitskraft gefährde deren Reproduktion und brächte die Betroffenen in lokal spezifischen Kontexten zum aktiven Eingreifen. Vor dem Hintergrund der Ausdifferenzierung der Arbeitsverhältnisse und Lebenswege der Arbeitenden werde in verschiedenen Kontexten die Zuschreibung als ‚Arbeiter_in‘ neu verhandelt. So z.B. im chinesischen Kontext, wo sich die Frage stelle, ob die in ländlichen Regionen gemeldeten, aber in Städten als Arbeitsmigrant_innen Tätigen Arbeiter_innen seien.

Überraschend wenig seien während der Tagung die Ergebnisse von Arbeitskämpfen zur Sprache gekommen. Insgesamt schienen Abwehrkämpfe zu dominieren, in denen es darum gehe, Normverletzungen zu korrigieren. Wenig sei von Kämpfen berichtet worden, die aus einem Streik oder einer Betriebsbesetzung heraus eine eigenständige Vision des Arbeitens und Lebens entwickeln. Die diskutierten Fallbeispiele würden auf eine globale Tendenz zur Zunahme von Arbeitskämpfen

verweisen. Dies könne angesichts der abwehrenden Ausrichtung der Kämpfe als ein Versuch der Gegenwehr gegen die Auswirkungen der neoliberalen Wende gelesen werden, in deren Folge das Verhältnis von Arbeit, Kapital und Staat neu verhandelt werde. Es bedürfe weiterer Analyse, inwiefern dabei eine Bezugnahme zwischen den einzelnen Kämpfen in den unterschiedlichen Regionen und Sektoren geschieht und ob diese Zunahme als eine Wiederbelebung der Arbeiter_innenbewegung interpretiert werden kann.

Die Tagung hat einen Beitrag dazu geleistet, in unterschiedlichen Regionen ähnliche Konstellationen von Arbeitskämpfen zu identifizieren und Unterschiede zu analysieren. Das daraus resultierende Verständnis der verbundenen, aber ungleichmäßigen Entwicklung ist eine der Voraussetzungen für politisches Handeln. Es bedarf im nächsten Schritt der Analyse transnationaler Wechselwirkungen in Bezug auf den Wandel der Arbeitskämpfe im Kontext eines sich nicht zuletzt durch die Krise verschiebenden Zentrum-Peripherie-Verhältnisses, um auf eine Politik für Arbeitende in einer geteilten aber polarisierten Arbeitswelt hinzuwirken.